

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon. Sammelnummer 72208 — **Volksscheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig:
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Insertionspreis: Die 10. Spalte, Kolonellselle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonellselle 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonellselle mit 50% Nachsch. Reklameselle 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonellselle 40 Pf. bei Platzvorkauf, 50 Pf. Reklameselle 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Im Kampfe gegen den Brandlerkurs.

Der Ferkelungsprozess in der SPD.

„Einheitsfront des Proletariats.“ So schließt jede der langatmigen Resolutionen, die auf den Bezirksversammlungen und in Volksversammlungen, auf dem Effi und in sonstigen Funktionärskongressen der kommunistischen Partei bündelweise angenommen werden. „Einheitsfront des Proletariats.“ Mit dieser Parole schließt jeder kommunistische Versammlungsbredner. Diese Massenfabrikation aber hat heute praktisch nur noch den einen Sinn, über den Auflösungsprozess in der SPD hinwegzutäuschen, und diese Gefahren wurden auf der letzten Plenartagung des Zentralkomitees in Kurland mit vollem Recht anerkannt. Nur in Deutschland gebärden sich die Brandlerleute nach wie vor, als wenn die SPD blühe und gedeihe.

Vor einigen Monaten tagte der letzte Parteitag der deutschen Kommunisten. Wir verwiesen unausgesetzt auf den neuen Kurs, der durch das Diktat des Effi praktisch dahin geht, die Anhänger Brandlers, also den rechten Flügel der Komintern, in Deutschland erneut an die Futtertrappe zu bringen. Damals wurden wir von unserer Feststellung mit den gewohnten Alibien von Unfriede parfümiert. Heute kann von keinem Kommunismus bestritten werden, daß die Brandlerianer allerorten die Herrschaft übernommen haben. Zum leitenden Sekretär des Pol-Bureaus in Berlin wurde Ernst Meyer bestellt, der Lord-Polesen des Brandlerianismus. In Leipzig hat Georg Schumann, der unentwegteste Kampfgewisse der Meyer, Brandler und Böttcher, das Nest in den Händen. Er wirft alle eigentlichen Kommunisten zum Tempel hinaus, und selbst Freund Volgt, der Anhänger der längst liquidierten Weiblinger-Opposition, mußte über die Klinge springen.

Über nicht nur in Leipzig geht es bis in die letzten Tiefen. Die kommunistische Partei ganz Deutschlands befindet sich im Prozeß völliger Zersetzung, und die Ultralinken, die Erben des Kommunismus in seiner reinsten Form, sind drauf und dron, den Brandlerianern in allen Bezirken den Todesstoß zu geben. Wir berichteten über den Zerfall der kommunistischen Partei in Baden. Dort sind nur noch einige Ruinen übriggeblieben. Ebenso steht es im Ruhrbezirk. Auch in Hamburg gewinnt die Linke mehr und mehr an Boden. Die Disziplinieren zerfallen ebenso wie Baden und die Pfalz. In Berlin ist Thalmann faktisch kaltgestellt. Der „rote Präsident“, der Reklameredner auf den Rottfronttagen des ganzen Reiches, ist schamhaft gestutzt. Ernst Meyer diktiert fast unangefochten den Brandlerkurs.

Am vergangenen Sonntag tagte in Halle eine Stadtbefehlsgliedertagung, in der zu der illegalen Tätigkeit der Urbahnleute Stellung genommen wurde. Das Haupt der Ultralinken in dem derzeit blutroten Herz Mitteldeutschlands ist der preussische Landtagsabgeordnete Kilian. Am letzten Donnerstag brachte der Klassenkampf, das halleische Kommunistenorgan, nicht weniger als fünf Spalten über die Umtriebe der Ultralinken. Darunter ein Protokoll über eine Sitzung der Urbahnfraktion, die am 16. August in Joly stattgefunden hat. In Halle hat Kilian unter dem Namen „Sportklub Werkur“ die „Ruthenen“ zusammengeführt, und der Klassenkampf ist in der Lage, die Kartothekarten der Opposition photographisch wiederzugeben. Auch sonst gärt es im gesamten halleischen Bezirk. Der Klassenkampf ist angefüllt von Resolutionen aus allen Orten, in denen gegen die „Spalter“ Stellung genommen wird. Damit bestätigt das halleische Kommunistenorgan, daß der Ferkelungsprozess bedenkliche Fortschritte macht. Zwar ist aus den Beschlüssen der Sonntagstagskonferenz nicht zu ersehen, was nun mit Kilian werden soll. Zweifellos aber sind seine Tage gezählt, wenn nicht der Ausschluß bereits gesätigt wurde. Die offizielle Resolution, die mit 85 gegen 12 Stimmen angenommen wurde, heißt:

„In unversöhnlicher Weise wird gegen die Funktionäre gehandelt, Fraktionsarbeit geleistet, in der Partei wird eine neue Partei organisiert, der Versuch gemacht, das Vertrauen der Führung zu untergraben.“

Damit wird nur erneut, und zwar offiziell zugestanden, wie weit der Ferkelungsprozess bereits gediehen und wie notwendig die Parole nach „Einheitsfront“ geworden ist. Praktisch zunächst einmal im Lager der SPD.

„Die Zerschlagung der SPD ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Sieg.“

Vorläufig wird es mit diesem Ziele noch gute Weile haben. Zuletzt wird von der kommunistischen Partei der Brandlerianer unter Führung von Ernst Meyer, Georg Schumann u. a. nicht viel mehr übrig bleiben. Vorläufig geht der Kampf nicht um die Zerschlagung der SPD, wohl aber der KPD, und wir haben die Genugtuung festzustellen, daß die Effi-leute in Moskau an den Ergebnissen dieses Zerfalls den wichtigsten Anteil haben.

Auch in Mecklenburg geht es erneut wild durcheinander. Raum sind die Wahlen abgeschlossen und schon wurde einer der letzten „Rothfächer“ im Parlament des Ostseestaaates ausgeschleift. Am charakteristischsten aber ist die Lage im Thüringer Nachbabezirk. Dort ist Suhle, die preussische Entlaste, der Hebd der Opposition. Lange Jahre war Guido Heym der ungetrübte König des Suhler Industriebezirks. Er ist Mitglied der preussischen SPD-Landtagsfraktion und wurde, wenn uns die Erinnerung nicht täuscht, vor einiger Zeit mit hinausgeworfen. Jedemfalls war die Thüringer Bezirksleitung unter Tittel bestrebt, Guido Heym politisch mundtot zu machen. Tittel ist ein walschöner Brandlerianer. Zum großen Bedauern des Thüringer Brandler-Bezirks aber ist die Sache schief gegangen. Man hatte einen der jungen Leute Ernst Meyers, den Redakteur Gollmitz, nach Suhle entsandt, damit er die ultralinke Richtung Guido Heyms entsprechend zurechte biege. Vor Wochenfrist tagte nun der Suhler Unterbezirk. Er beschloß mit 49 gegen 5 Stimmen, den Brandlerredakteur Gollmitz an die Luft zu setzen. An seiner Stelle wurde Guido Heym mit der politischen Leitung des Volkswillens betraut. Damit ist faktisch eine KPD-Zeitung in die Hände der Linken übergegangen, und welche Form die Diskussionen zwischen den Abgeordneten Ernst

Meyers und den Linken angenommen haben, das ergibt sich aus einer Entschliebung, die vom Unterbezirk in Suhle angenommen worden ist. Wir geben sie als Probe auf den Knigge der Brandlerleute im Wortlaut wieder:

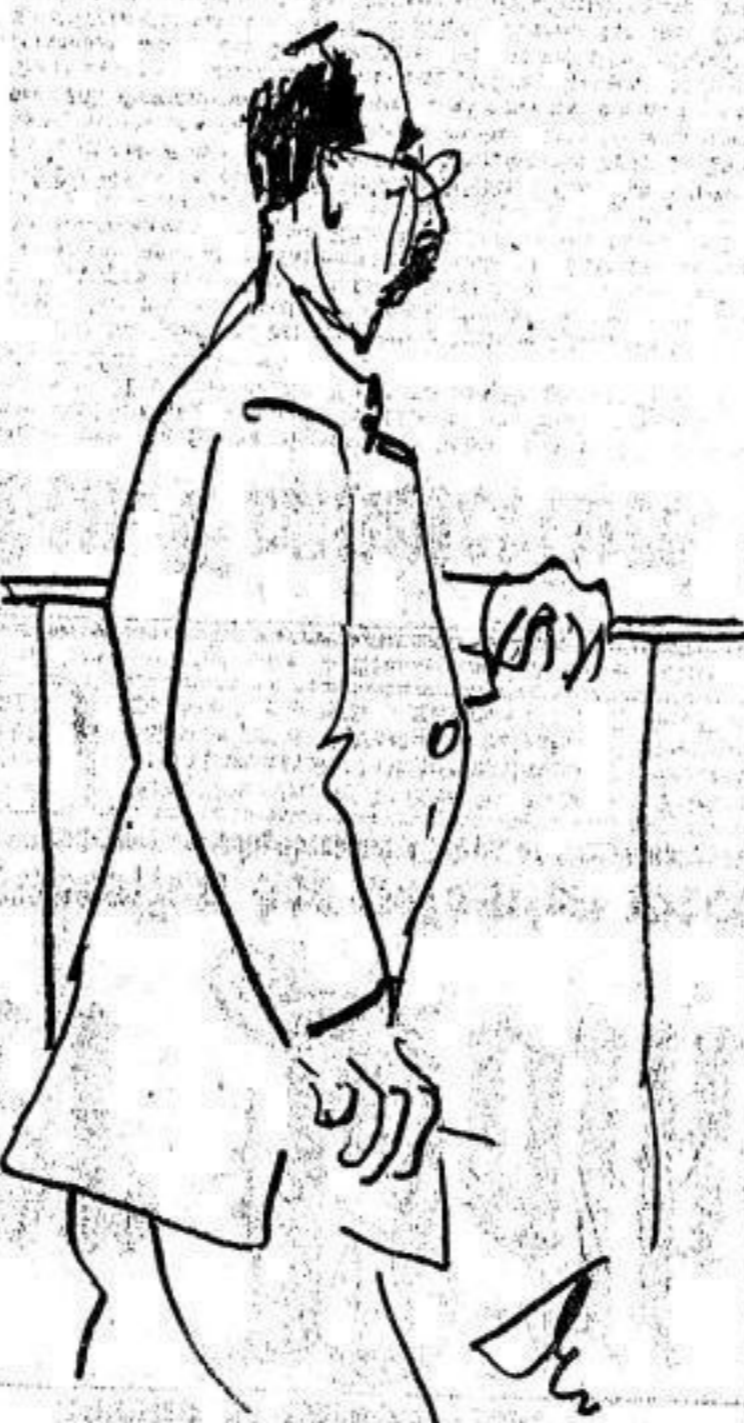
„Die Aussprache in der erweiterten Unterbezirksleitung hat ergeben, daß die Bezirksleitung Großhürringens in ihrem an alle Ortsgruppen verfassten Rundschreiben bewußt Unwahrheiten gesagt und sogar grobe Fälschungen gebracht hat. Erwähnt sei nur die Unterschlebung, daß die Unterbezirksleitung seit Monaten bewußt Sabotage getrieben hat, ferner daß der Suhler Volkswille der Opposition in die Hände gespielt werden sollte. In letzterem Falle ist anlässlich einer Aussprache, die der Genosse Tittel in Suhle hatte, gerade das Gegenteil erwiesen worden. Das Rundschreiben der BD. Großhürringen stellt ein Dokument gemeiner Demagogie gegenüber innerparteilichen Fragen unbedenklicher dar. Die Ausführungen der anwesenden offiziellen Parteivertreter konnten keinen schlüssigen Beweis für ihre Verdächtigungen bringen. Die erweiterte Unterbezirksleitung verurteilt das h i e r h i n t e r u n k o m m u n i s t i s c h e V o r g e h e n der Bezirksleitung ganz entschieden und verlangt, daß alle in ihrem Rundschreiben gebrachten Verdächtigungen und Verleumdungen schnellstens reiflos zurückgenommen werden. Solange dies nicht geschehen ist, lehnen wir die derzeitige Bezirksleitung als Beauftragte einer Partei ab, die wir auch heute noch als einzige Vertreterin des Proletariats halten, falls sie sich wieder auf den von Lenin vorgezeichneten Weg zurückbegeben hat.“

Ueber die Geschmach läßt sich gewiß nicht streiten. Uebrigens wird gegen die Topfkl. Leute in Kurland nicht anders verfahren. Erst in diesen Tagen hat die Kontrollkommission Widdt vier an führender Stelle stehende Petersburger K o r r e k t u r e n ausgesprochen. Im Gegensatz zu den bisherigen Behauptungen wird festgestellt, daß die russische Opposition in den Arbeiterkreisen immer stärkeren Umfang erlangt.

Was aber tut's? Jeder, der nicht will, wie es die Brandlerleute wollen, ist in Kurland, wie auch in der SPD ein „degeneriertes Element“.

Dr. Sohal.

Führer der polnischen Delegation in Genf.



Zeichnung von W. J. Dalbin.

Dr. Köhler. Seine Befoldungsreform.

Von Dr. Föller.

Am Sonntag hat in Magdeburg der Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Vorhang vor einem Prospekt hochgehen lassen, auf dessen Anblick die ganze deutsche Beamenschaft seit langem aufs äußerste gespannt war. Man muß es Herrn Dr. Köhler lassen: Er versteht etwas von Regie. Am Anfang dieses Jahres die dunklen und unsicheren Andeutungen über eine kommende Reform, nach und nach tropfenweise mit präzisierendem Inhalt erfüllt; schließlich der Kabinettsbeschluss vom Sommer, daß die Reform am 1. Oktober in Kraft treten solle; dann das große Staatsgeheimnis um die Vorbereitungen und Absichten des Reichsfinanzministers, gipfeln in der Verpflichtung zu strenger Vertraulichkeit auch für die Organisationen und die Mitteilungen, die ihnen in den allerletzten Tagen gemacht wurden. Und nun bot sich in Magdeburg die Szene in bengalischer Beleuchtung dar. Dr. Köhler will wahr machen, was er als Grundforderung von seiner sozialen Einstellung immer als erste Notwendigkeit in den Vordergrund gestellt hat. Die unteren Beamtengruppen sollen eine prozentual größere Aufbesserung erfahren als die mittleren und diese wieder als die höheren. Mit 25 Prozent steigt es unten an und läuft über zirka 22 Prozent, bei den mittleren Beamten bis zu 18 Prozent, bei den höheren. Wie bei der Hypnose der Anblick eines glänzenden Punktes den Menschen allmählich in einen Dämmerzustand versetzt, so soll dieser Grundgedanke der Befoldungserhöhungen wohl ein Schleier sein, hinter dem man andere Fehler und Mängel nicht mehr so genau sehen kann.

Selbstverständlich, wir müssen das wiederholen, ist diese dahinschwebende Abflächung der Zulagen etwas, was unbedingt verlangt werden mußte. Die W i e d e r g u t m a c h u n g des Unrechts vom Sommer 1924 ist insofern nur etwas, was sich wie das moralische von selbst versteht. Ob aber in dieser Hinsicht der Notwendigkeit in ausreichendem Maße Genüge getan ist, ist eine andere Frage. Sie kann nur beurteilt werden an Hand der wirklichen Beträge, die nun für die Beamten als Mehr herauskommen. Man wird also noch die Bekanntgabe der Vorlage mit allen ihren Einzelheiten abwarten müssen. Jedoch ist heute schon klar, daß selbst 25 Prozent bei einem Gehalt von 130 bis 150 Mk. eine bescheidene Summe ausmachen gegenüber der Auswirkung der 18 bis 19 Prozent von den hohen Gehältern.

Der soziale und der demokratische Gedanke drückt sich in einer Befoldungsordnung aber nicht nur in dem Verhältnis aus, in dem die Bezüge der einzelnen Gruppen zueinander stehen, sondern daneben sind auch die sonstigen Bestimmungen über den Aufbau der Befoldung und über ihre einzelnen Bestandteile unter demselben Gesichtspunkt von großer Bedeutung. Und da muß man sagen, daß sich hinter dem roten sozialen Mantel doch einige sehr unerfreuliche r ü c k s i c h t l i c h e Körperfehler verbergen. Die Mittelteilung, daß das „Gruppenystem“ beibehalten sei, können wir nicht als zutreffend ansehen. Man sagt zwar einige Gruppen (7 und 8, 10 und 11 usw.) zusammen, paßt aber die so neu geschaffenen Gruppen so eng an die Eigenart einzelner Beamtentypen an, daß man auf der anderen Seite dazu übergehen muß, für andere Beamtentypen neue Gruppen zu schaffen. Es prägt sich also der L a u f b a h n g e d a n k e außerordentlich stark in dem neuen System aus, so daß man ehrsüchtigerweise doch schon mehr von einem K l a s s e n s y s t e m a l t e r O b s e r v a n z sprechen muß.

Dazu kommt noch verschiedenes andere. Man beseitigt die „Verzahnung“ und bringt die heutigen sogenannten Verzahnungsstellen aus ihrem jetzigen Zusammenhang mit den Eingangsstellen höherer Laufbahnen heraus, womit ein wichtiger sozialer Zug in der Befoldungsordnung von 1920 verschwindet. Man fährt für „besonders herauszuhebende Stellen“ S t e l l e n z u l a g e n ein, von denen natürlich jetzt noch niemand weiß, welchen Beamten sie im einzelnen zugewendet werden und wie groß ihre Zahl in den einzelnen Verwaltungen sein wird. Man will ferner die A u f r ü c k u n g s f r i s t e n vom Anfangs- bis Endgehalt einer Gruppe auf 20 Jahre erweitern; man will bei der Uebernahme in die Neuordnung einzelne Gruppen teilweise am Befoldungsdienstalter schädigen, und man will sich nicht entschließen, die D i k t a r e in vollem Ausmaß an der Erhöhung ihrer Gruppen teilnehmen zu lassen. Besonders diese Verschlechterung, die bei den außerplanmäßigen Beamten eintreten soll, bedeutet einen großen Rückschritt. Als ungenügend muß es auch angesehen werden, daß man die P e n s i o n ä r e und Wartgeldempfänger nicht in das neue System einfügen, sondern ihnen lediglich zu ihren jetzigen Bezügen eine gewisse Zulage geben will. Ein weiterer Mangel der geplanten Reform liegt darin, daß man das System des W o h n u n g s g e l d z u s c h u s s e s beibehalten und auch in der Ortsklasseneinteilung vorläufig keine Änderung eintreten lassen will.

Auf welcher Seite also das Saldo liegt, auf der Plus-Seite der Befoldungserhöhungen, die herauskommen, oder auf der Minus-Seite der Rückwärtsrevidierung des Befoldungssystems und seiner Grundgedanken, das wird man zwar